

PRESSEMITTEILUNG - PRESSEMITTEILUNG

Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e.V.

70794 Filderstadt, Karl-Benz-Straße 19

Tel. 0711 12851611, Telefax 0711 12851615

Ihr Ansprechpartner: Gerd Zimmermann, Landesgeschäftsführer

E-Mail g.zimmermann@fwvbw.de

10. Oktober 2019



Achtung: Sperrfrist: Samstag, 12. Oktober 2019, 15:00 Uhr

Feuerwehrpräsident platziert Eckpunkte für die Weiterentwicklung der baden-württembergischen Feuerwehren

Jahrestagung des Landesfeuerwehrverbandes in Heilbronn

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat am 12. Oktober seine jährliche Vereins- und Verbandsversammlung abgehalten und in der Heilbronner red-blue-Veranstaltungsarena über 500 Feuerwehr-Führungskräfte des Landes sowie Vertreter aus Politik, Industrie und Wirtschaft begrüßt. Der Verband vertritt die Interessen aller baden-württembergischen Feuerwehren mit derzeit über 182.000 Feuerwehrangehörigen. Auch wenn das Feuerwehrwesen in unserem Land derzeit hervorragend aufgestellt sei, dürfe man beim Tempo nicht nachlassen, propagierte Dr. Frank Knödler, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, und forderte vom Land mehr Unterstützung für die Weiterbildung, die soziale Absicherung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen und den vorbeugenden baulichen

Brandschutz. Außerdem forderte Knödler den in Heilbronn anwesenden Innenminister Thomas Strobl auf, sich nun zeitnah zu äußern, wohin die Reise bei den Integrierten Leitstellen im Land gehen werde.

Die Feuerwehren seien im Hochtechnologieland Baden-Württemberg ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor, betonte der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Dr. Frank Knödler in Heilbronn. Die Grundlage einer erfolgreichen Arbeit stehe und falle mit einer auskömmlichen und vor allem verlässlichen Finanzierung. Hier könne man aktuell sehr zufrieden sein. Denn: „Die Städte und Gemeinden investieren derzeit so viel Geld wie nie zuvor in die Ausstattung der Feuerwehr für Fahrzeuge und Geräte sowie für Feuerwehrhäuser“, lobte Dr. Knödler. Das Land unterstütze die Kommunen dabei beispielhaft. Allein in diesem Jahr stünden aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer erfreuliche – zweckgebundene – 65 Millionen Euro zur Verfügung. Gemäß der Steuerschätzung für das Land Baden-Württemberg werde dieses Aufkommen in den kommenden Jahren erfreulicherweise weiter steigen auf bis zu 71 Millionen Euro in 2023.

Der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes dankte dem anwesenden Innenminister Thomas Strobl und seinem Team für die konstruktive Zusammenarbeit und platzierte gleichzeitig vier zentrale Forderungen an das Land, mit der man das Feuerwehrwesen im Land weiter stärken und zukunftssicher machen wolle.

1) Mehr Geld für den Landesfeuerwehrverband für zusätzliche Weiterbildungsbausteine

Eine qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung sei die Grundlage dafür, dass die Feuerwehren erfolgreich agieren können. Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg möchte deshalb ergänzend zum Lehrgangsangebot der Landesfeuerweherschule künftig zusätzliche Weiterbildungsangebote machen und dabei speziell auf aktuelle Themen und Weiterbildungsbedarfe reagieren. „Wir denken hier beispielsweise an Informationsveranstaltungen zu gesetzlichen Themen wie die Datenschutz-Grundverordnung oder §2b Umsatzsteuergesetz, die Vermittlung moderner Führungsinstrumente sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachberatern“, führte der Präsident aus. „Mit unseren Seminarangeboten möchten wir

den sehr guten und ausgewogenen Lehrgangskatalog der Landesfeuerwehrschule inklusive der Akademie für Gefahrenabwehr sinnvoll ergänzen“, betonte Dr. Knödler ausdrücklich. Damit der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg dies leisten könne, müsse das Land die jährlichen finanziellen Zuwendungen an den Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg dafür im Gegenzug allerdings deutlich erhöhen. „Bitte unterstützen Sie uns hier“, warb der Präsident eindringlich beim Innenminister.

Man sei froh und dankbar, dass die Landesfeuerwehrschule dem allgemeinen Trend angepasst und mit 25% mehr Ausbildungskapazitäten ausgestattet werden wird. Der LFV-Präsident Dr. Knödler zollte dafür dem bei der Verbandsversammlung in Heilbronn anwesenden Innenminister Thomas Strobl großen Respekt. „Sie haben schnell und unkonventionell entschieden, weitere Millionen in die Sicherheitsarchitektur in Baden-Württemberg zu investieren“, lobte Dr. Frank Knödler.

2) Verbesserung der sozialen Absicherung von Feuerwehrangehörigen

Da der Feuerwehrberuf bzw. die Berufung, Menschen in Not zu helfen, eine Gefahren geneigte Tätigkeit ist, sei man auf eine leistungsfähige Unfallversicherung angewiesen. Gerade deshalb, weil in Baden-Württemberg 97% der Feuerwehreinsatzkräfte rein ehrenamtlich „Retten. Löschen. Bergen. Schützen.“, hat der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg in Heilbronn massiv eine Aufstockung der Mittel an im Feuerwehrdienst in Not geratene Feuerwehrangehörige bzw. deren Hinterbliebenen gefordert. Beispielsweise sei es nicht akzeptabel und auch nicht mehr zeitgemäß, wenn nicht eheliche Lebenspartner von Feuerwehrangehörigen, die im Dienst oder im Einsatz tödlich verunglücken, keine entsprechenden Leistungen erhalten können. Andere Bundesländer wie Brandenburg oder auch Niedersachsen, seien hier schon deutlich weiter.

3) Expertise der Feuerwehr beim vorbeugenden baulichen Brandschutz stärker nutzen

„Wer, wenn nicht die Feuerwehr weiß, wie es im Brandfall in Gebäuden tatsächlich zugeht“, leitete der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg zu seiner dritten zentralen Forderung an das Land über. Die Einsatzerfahrung der Feuerwehr sei daher eine

wichtige Quelle, wenn es darum geht, auf die wesentlichen Maßnahmen im vorbeugenden Brandschutz Wert zu legen. Um das theoretische Wissen von Brandschutzingenieuren und den Praxiserfahrungen der Feuerwehr wieder besser in Einklang zu bringen, brauche man entsprechende Weiterbildungsangebote sowie eine fachliche Unterstützung auf Landesebene. Knödler forderte in Heilbronn vom Land, zeitnah entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen an den baden-württembergischen Hochschulen sowie eine stärkere Vernetzung dieser Hochschulen mit den Feuerwehr-Bildungseinrichtungen zu initiieren.

Gleichzeitig wolle man sein Wissen stärker einbringen können, beispielsweise in den Ausführungsbestimmungen zur aktuell verabschiedeten Landesbauordnung, mit der das Land den Holzbau stärker ermöglichen wolle. „Holz ist ein guter Baustoff – wenn man es richtig macht!“, mahnte Knödler und lieferte auch gleich seine Bedenken: Es könne zu deutlich kritischeren Brandverläufen und gefährlichen Rauchgasausbreitungen kommen, wenn man auf weitere Konkretisierungen in den Ausführungsbestimmungen verzichte. Um dies zu vermeiden bot der Verbandspräsident seine Mitarbeit bei der weiteren Ausgestaltung der Rechtsvorschriften an.

4) Integrierte Leitstellen

Schließlich bat der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Dr. Frank Knödler, den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, nun gegen Ende der laufenden Legislaturperiode endlich „anzusagen“, wohin die Reise bei den Integrierten Leitstellen im Land gehen solle. Im Koalitionsvertrag der Grün-/schwarzen Landesregierung war angekündigt worden, die Leitstellenlandschaft zu überprüfen, was in insgesamt zwölf Projektsitzungen mit allen beteiligten Partnern auch hinreichend erörtert worden sei. Die Fakten lägen also alle auf dem Tisch. Die Feuerwehren des Landes hätten ihre Meinung nicht geändert und setzten sich für bereichsübergreifende Integrierte Leitstellen in staatlicher Trägerschaft ein.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg repräsentiert die Feuerwehren nach außen und vertritt ihre Interessen gegenüber der Öffentlichkeit, Verwaltung und Regierung sowie gegenüber den Trägern der Feuerwehren.

Er ist ein eingetragener Verein. Über die 42 Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände gehören alle Feuerwehren einschließlich der Berufs- und Werkfeuerwehren dem Landesfeuerwehrverband an. Insgesamt vertritt er über 182.000 Feuerwehrangehörige, davon:

- 110.000 Freiwillige in 1.100 Feuerwehren
- 2.300 hauptamtliche Kräfte unter anderem in 8 Berufsfeuerwehren
- 6.200 Angehörige in 168 Werkfeuerwehren
- 32.700 Kinder und Jugendliche in den Jugendfeuerwehren
- 31.700 Frauen und Männer in den Altersabteilungen

2018 wurden die Feuerwehren im Land zu 154.000 Einsätzen gerufen. Davon entfielen beispielsweise auf Brände und Explosionen 22.000 Einsätze, auf technische Hilfeleistungen 64.000 Einsätze sowie 31.000 Einsätze auf Fehllarme. Die Gemeindefeuerwehren in Baden-Württemberg haben im vergangenen Jahr 12.700 Menschen aus höchster Lebensgefahr gerettet sowie Sachwerte in Milliardenhöhe geschützt.